

St.Gallen, 11.11.2020
Medienmitteilung

NEIN zu einer weiteren Schwächung der KMU

FDP fasst die Parolen zur Unternehmensverantwortungsinitiative und zu den anderen Abstimmungsvorlagen vom 29.11.2020

Da die Mitgliederversammlung vom 22. Oktober 2020 aufgrund der aktuellen Lage abgesagt werden musste, fasste die Parteileitung die Abstimmungsparolen der FDP für den 29. November 2020. Die FDP lehnt sowohl die brandgefährliche Unternehmensverantwortungsinitiative als auch die GSoA-Initiative deutlich ab. Sie befürwortet beide kantonalen Vorlagen – wobei der Kantonsratsbeschluss über die familienergänzende Kinderbetreuung auch Gegenstimmen erhielt.

Am 29. November wird über wichtige Vorlagen auf nationaler und kantonaler Ebene abgestimmt. Alle Vorlagen weisen wirtschaftspolitische Aspekte auf, die im Angesicht der COVID-19-Pandemie noch stärker ins Gewicht fallen. National wird über die sogenannte «Unternehmensverantwortungsinitiative» und die Finanzierung von Kriegsmaterial abgestimmt. Auf kantonaler Ebene über Corona-Kredite und Kinderbetreuung. Parolenfassungen sind grundsätzlich Sache der Mitgliederversammlung. Aufgrund der aktuellen Pandemielage musste die Mitgliederversammlung vom 22. Oktober 2020 leider abgesagt werden. Aus diesem Grund hat die Parteileitung die Parolen im Zirkularverfahren gefasst.

NEIN zur Initiative heisst JA zum verhältnismässigen Gegenvorschlag

Von Schweizer Unternehmen wird erwartet, dass sie die Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland einhalten. Die Initiantinnen und Initianten wollen, dass dies in der Verfassung geregelt wird. Insbesondere verlangen sie, dass die Schweizer Unternehmen prüfen, ob ihre Tochterunternehmen, Zulieferer und Geschäftspartner bei deren Geschäftstätigkeit die Menschenrechte und die Umweltstandards einhalten. Zudem sollen die Schweizer Unternehmen für das Fehlverhalten von Tochterunternehmen Haftung übernehmen. Die FDP befürchtet eine Klagewelle für Schweizer Unternehmen, die mit einem bürokratischen Mehraufwand und sinkender Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt einhergehen. Vor allem wären von der Initiative alle Unternehmen betroffen – nicht nur sogenannte «Konzerne». Die FDP erachtet den Gegenvorschlag, der bei Ablehnung der Initiative in Kraft tritt, als verhältnismässiges Mittel, die berechtigten Ziele der Initiative zu erreichen.

NEIN zur Schädigung der AHV und der KMU

Ebenfalls zur Abstimmung kommt eine Initiative aus Armeeabschaffer-Kreisen, die den Export von Kriegsmaterial noch strenger regulieren möchte, als das heute bereits der Fall ist. Das GSoA-Initiativkomitee fordert, dass Kriegsmaterialproduzenten keine Kredite mehr erhalten. Auch soll der Besitz von Aktien von Kriegsmaterialproduzenten und Anteilen an Fonds, die solche Aktien enthalten, verboten werden. Der FDP geht dieser Einschnitt in die Wirtschaft zu weit. Sie befürchten eine Verteuerung der Anlagemöglichkeiten der Sozialwerke und eine Erschwerung der Finanzierung der Unternehmen. Dies würde der AHV und vielen KMU schaden.

JA zu den CORONA-Krediten

Der Bundesrat hat im März dieses Jahres eine eidgenössische Verordnung zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften infolge des Coronavirus erlassen. Diese Verordnung wurde mit einem kantonalen Unterstützungsprogramm ergänzt, das weitere Liquiditätshilfen im Umfang von 45 Mio. Franken für

Bei Rückfragen stehen Ihnen folgende Personen gerne zur Verfügung

Kantonsrat Raphael Frei, Kantonalpräsident, 079 288 82 33, r.frei@gmx.ch
Christoph Graf, Geschäftsführer, 076 426 73 55, graf@fdp.sg



KMU vorsieht. Als letzter Schritt steht die obligatorische Volksabstimmung über das Gesetz bzw. über die entsprechenden Ausgaben an. Die FDP unterstützt diese Vorlage.

JA zur Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung

Dieses Gesetz sieht vor, dass zusätzliche Steuereinnahmen aus den erhöhten Familienzulagen in die Förderung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung investiert werden. Aufgrund der Höhe des Betrags (voraussichtlich 5 Mio. Franken) untersteht das Gesetz dem obligatorischen Finanzreferendum. Die FDP-Fraktion unterstützte die Vorlage im Rahmen des Kompromisses zur Steuervorlage 17. Die Kantonalpartei empfiehlt ebenfalls ein JA zur Vorlage. Die eher kritischen Stimmen innerhalb der Parteileitung erachten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenfalls als sehr wichtig, sind aber der Ansicht, dass solche Angebote primär durch die Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt und nicht staatlich finanziert werden sollen.

Parolenfassung zu den einzelnen Vorlagen

Die FDP-Parteileitung fasste die folgenden Parolen:

- › Unternehmensverantwortungsinitiative: NEIN (1 JA, 17 NEIN, 0 Enthaltungen)
- › Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten: NEIN (0 JA, 18 NEIN, 0 Enthaltungen)
- › Corona-Kredite: JA (17 JA, 0 NEIN, 1 Enthaltung)
- › Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung: JA (12 JA, 4 NEIN, 2 Enthaltungen)

Bei Rückfragen stehen Ihnen folgende Personen gerne zur Verfügung

Kantonsrat Raphael Frei, Kantonalpräsident, 079 288 82 33, r.frei@gmx.ch

Christoph Graf, Geschäftsführer, 076 426 73 55, graf@fdp.sg

